

Marzahn- Hellersdorf *links*

29. Jahrgang / Dezember 2019

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

Rot-Rot-Grün beschließt Doppelhaushalt 2020/2021

Mit dem Doppelhaushalt für 2020/2021 fährt Rot-Rot-Grün die Investitionen für Berlin weiter hoch. Gemeinsam gehen SPD, Grüne und DIE LINKE weiterhin konsequent den Weg des Ausbaus der Infrastruktur für die wachsende Stadt als auch des Abbaus des Investitionsstaus, der unter SPD und CDU von 2011-2016 leider immer weiter zugenommen hatte. Eine Trendumkehr konnte erst Rot-Rot-Grün mit Regierungsantritt 2016 in Gang setzen.

Rot-Rot-Grün investiert vor allem in die Sanierung und den Neubau von Schulen und Hochschulen, treibt die Digitalisierung weiter voran, trifft finanzielle Vorkehrungen für den Ausbau des öffentlichen

Personennahverkehrs und die Krankenhäuser dieser Stadt. Es findet ein Personalaufwuchs in den

Bezirken und der Hauptverwaltung statt, und die Einkommenssteigerung der Beschäftigten wird weiter an das Niveau der anderen Bundesländer angepasst. Für Einkommensverbesserungen sorgen wir

ab August 2020 auf den Bundesdurchschnitt angehoben. Außerdem werden die Honorare für Musikschullehrer*innen angepasst und der Bestand an Arbeitsräumen für Künstler*innen gesichert.

Mit zusätzlichen Mitteln werden die Stadtteilzentren gestärkt und die notwendige Evaluierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes abgesichert. Die Mittel für Tarifsteigerungen für freie Träger in den Bezirken werden erhöht.

Zusätzliche Mittel sind ebenso vorgesehen für präventive Angebote im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung. Die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Kürzungen der Psychiatrischen Hilfen in den Bezirken wurden auch auf Drängen der LINKEN zurückgenommen. Darüber hinaus wurden zusätzliche Investitionen in die Krankenhausfinanzierung vereinbart.

Ebenso hat DIE LINKE erreicht, dass 2020 insgesamt 15 Millionen Euro in die Förderung des Genossenschaftsneubaus fließen. Auch die Wohnungslosenhilfe und die ganzjährige Kältehilfe

erhalten zusätzliche Mittel. Ausgeglichen werden auch die Kürzungen des Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus.

KRISTIAN RONNEBURG
MdA



vor allem im Bereich der Sozial- und Erziehungsberufe. Das kostenlose Schülerticket als auch der kostenfreie Hortbesuch und das kostenlose Schulumittagessen werden finanziert.

In den letzten Schlussberatungen unter SPD, Grünen und der LINKEN konnten alle Partner im Doppelhaushalt weitere politische Schwerpunkte absichern. Weit oben stand für DIE LINKE neben der finanziellen Absicherung des Mietendeckels ein Ankaufsfonds für Grundstücke. Hier wird eine landeseigene GmbH gegründet, die Flächen für die Entwicklung sozialer Infrastruktur sichert.

Daneben gibt es auf Drängen der LINKEN zum ersten Mal ein eigenes Kapitel im Doppelhaushalt zur Förderung der Gemeinschaftsschule. Die Ausbildungsvergütung für im Lehramtsreferendariat Befindliche wird

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Aus den Siedlungsgebieten: Fläche um den Wernersee für Öffentlichkeit erhalten / Der Baum als Feind des Fortschritts?

Seite 3: Petra Pau: Wie gehabt / Aus dem Bezirksvorstand / Neues von Familie A. aus Syrien

Seite I / Seite II: BVV-Linksfraktion aktuell:

- Bericht zur BVV im November
- Solidarisch mit der VVN-BdA
- Abriss und Neubau in der Hohensaatener Straße
- Tag gegen Gewalt gegen Frauen
- Nacht der Solidarität

Seite 4: Marzahn-Hellersdorf saniert und baut Sporthallen und Schulen / Spendenaufruf 2019

Seite 5: Öffentlicher Personennahverkehr / Auf dem Roten Sofa: Brigitta Behr

Seite 6: Tipps und Termine / Hinten links: Stadtentwicklung

„Wir möchten auf die Online-Petition aufmerksam machen, die solidarische Menschen gestartet haben: Die VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben! Die Möglichkeit zu unterschreiben (online und offline) besteht bis zum 3.1.2020.“

<https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben>

**Kommen Sie gut ins neue Jahr.
Alles Gute für 2020!**



**„... HEUTE IST DER FRIEDE DER ERNSTFALL, IN DEM WIR ALLE UNS ZU BEWÄHREN HABEN. HINTER DEM FRIEDEN GIBT ES KEINE EXISTENZ MEHR!“
GUSTAV HEINEMANN**

Nicht blenden (lassen)!

Bernd Walter antwortet seiner Wohnungsbaugenossenschaft

Den geplanten Mietendeckel des rot-rot-grünen Senats findet die deutliche Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner gut. Anders die Chefs großer Wohnungsunternehmen. Sie jammern und schimpfen, schalten teure Anzeigen und malen in Artikeln grauschwarze Zukunftsbilder. Wie im jüngsten Journal der Wohnungsbaugenossenschaft Wuhletal.

Deren Kaufmännischer Vorstand, der um die breite Unterstützung für den Mietendeckel weiß, geht gegen ihn mal mit dem Hämmerchen, mal mit der Abrissbirne vor. Mal gibt er sich im Editorial verständnisvoll („sicher gut gemeint“), mal kampagnen-plakativ (der Senat agiere mit der „Schrotflinte“). Aber letztlich verschreibt er sich einem einzigen Ziel: „Stoppt den Mietendeckel!“

Die Überschrift im Journal - „Lassen Sie sich nicht blenden!“ - nahm Bernd Walter, Vertreter bei der WG Wuhletal, wörtlich. Völlig unverblendet antwortet er in einem Brief: „Ich möchte nicht, dass sich unsere Genossenschaft von Lobbyisten einspannen lässt. Wo wurden hier die gewählten Vertreter gehört?“

Bernd Walter geht's nicht allein ums Prinzip. Er setzt sich auch mit der Argumentation des Kaufmännischen Vorstands auseinander. Zum Beispiel zu Modernisierungen. Und zur Behauptung, der



Genossenschaft würden in den nächsten fünf Jahren rund zwei Millionen Euro geplante Einnahmen fehlen, weswegen das eine oder andere Projekt in Frage gestellt werden könnte. Bernd Walter übersetzt das so: „Nach Satzung könnten rund 2,5 Millionen Euro maximal (4 Prozent des Geschäftsguthabens) verteilt werden. Wir wollen hier aber keinen Gewinn machen, es geht um gutes preiswertes Wohnen. Die WG Wuhletal ist wirtschaft-

lich immer noch auf dem richtigen Weg, wenn sie sparsam mit den Mitteln umgeht.“

Kampagnen leben vom Mitmachen. Die der Wohnungswirtschaft, gleich ob von privaten Vermietern

oder Genossenschaftsvorständen, verdienen eine vielstimmige Antwort der Mieterinnen und Mieter. Sie haben ihre Erfahrungen und sie haben gute Argumente für den Mietendeckel. Beantworten wir die Kampagnen gegen den Mietendeckel mit Nachfragen, Positionen, Protest.

Bernd Walter hat's getan. Für ihn bedeutet Selbstverwaltung der Genossenschaft, in einer offenen Diskussion zu einer mehrheitlichen Meinung/Entscheidung zu kommen. Denn, schreibt er: „Wir wollen uns doch nicht blenden lassen.“

PETER RICHTER

Aus den Siedlungsgebieten:

Fläche um den „Wernersee“ für Öffentlichkeit erhalten!

Über Jahrzehnte war das im Jahre 1903 errichtete Freibad das einzige Freibad in der Umgebung unseres heutigen Bezirkes. Im Jahre 2002 musste das einst so beliebte Freibad im Bezirk, das Wernerbad, geschlossen werden. Eine erneute Nutzung als Freibad ist ausgeschlossen. Zu diesem Ergebnis kam schon vor Jahren eine Arbeitsgruppe der Berliner Bäderbetriebe, des Senates und von Parteivertretern der LINKEN, der SPD, der CDU und der Grünen. Das Gelände ist für ein modernes Freibad zu klein, der See ein mittlerweile geschütztes Gewässer und der Grund des Sees ziemlich umweltbelastet. Der Wernersee ist als Gewässer „Zweiter Ordnung“ eingestuft worden. Seitdem ruht hier still der See. Trotz der Bemühungen des Bezirksamtes und der BVV verging viel Zeit bis zur weiteren Entwicklung des Areals. Auch die öffentliche Zugänglichkeit zum See und zur umgebenden Parkanlage blieb auf der Strecke. Jetzt bewegt sich hier wieder etwas. Die in den letzten Jahren diskutierte Perspektive für eine „Wohnanlage für an Demenz erkrankte Menschen“ wird jetzt zur Realität. Damit können die demografischen Entwicklungen und das Alternwerden der Bewohner berücksichtigt werden. In Marzahn-Hellersdorf haben sich erhebliche Veränderungen in der Demografie ergeben. Betrug das

Durchschnittsalter 1991 noch 30,5 Jahre, so betrug es am 31.12.2016 schon 43,6 Jahre. Die altersbedingten Erkrankungen nehmen folglich weiter zu. Und zugleich kann das Areal rund um den See weiterentwickelt werden. Die Flächen werden an die landeseigene „Berlinovo Grundstücksagentur“ übertragen, und diese wird als Bauherr fungieren. Aus unserer Sicht haben die Anwohner und die Öffentlichkeit das Recht auf einen öffentlichen Park am früheren Wernerbad. Der Hauptausschuss der BVV befasste sich in seiner Sitzung im November mit dem Thema und setzte sich nachdrücklich für den öffentlichen Zugang zur Parkanlage beim See ein. Der Ausschuss fordert das Bezirksamt auf, für die Fläche des Wernersees und der Parkanlage mit der „Berlinovo GmbH“ eine dauerhafte Nutzungsvereinbarung abzuschließen und damit der Öffentlichkeit den Zugang zur Grünanlage zu erhalten. Zum Naturschutz des Sees soll eine Einzäunung um den See beitragen. Wir werden in der BVV und den Fachausschüssen der BVV diesen Prozess begleiten, die Einhaltung der BVV-Beschlüsse kontrollieren und über die Ergebnisse der Verhandlungen informieren.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter

Der Baum als Feind des Fortschritts?

Die zahlreichen baumbestandenen Straßen machen Berlin zu einer grünen Großstadt. Durchschnittlich stehen an jedem Kilometer Stadtstraße heute rund 80 Bäume, das ergibt einen Gesamtbestand von rund 431.000 Straßenbäumen. Heißt es jedenfalls auf der Website der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Auch dass es inzwischen mehr Straßenbäume in Berlin gibt als vor dem Zweiten Weltkrieg. Hinzu kämen zahlreiche, in den offiziellen Statistiken nur teilweise enthaltene Bäume in Grünanlagen, auf Spielplätzen und Schulhöfen, Friedhöfen etc. Große Schäden allerdings entstanden aufgrund der Extremwetterereignisse der vergangenen Jahre wie Stürmen und Trockenheit. Doch allen Statistiken zum Trotz, wo sind die mit großen Bäumen



bestandenen Straßen und Alleen, gerade in den alten Siedlungsgebieten? Hultschiner Damm, Hönowstraße, Chemnitzer Straße, Oberfeldstraße - bei großzügigen Straßenbauarbeiten räumte man die zum Teil 70, 80 Jahre und länger dort stehenden, gewachsenen Bäume ab, unabhängig von der Standsicherheit, der ökologischen Qualität, auch vorhandener Brut- und Niststätten der einzelnen Bäume. Tabula rasa. Auch an der Lemkestraße in Mahlsdorf-Nord soll demnächst das Massaker der Kettensägen und Betonmischer weitergehen. Muss das, auch angesichts der veränderten Bewertung des Grüns unter dem Aspekt des Klimawandels so weitergehen, oder gibt es behutsamere Methoden des Straßen- und Wegebbaus? Das darf doch wohl mal gefragt werden. Die gute Befahrbarkeit der Straßen in einem hinreichenden Tempo ist wohl nicht das wichtigste Argument ...

FRANK BEIERSDORFF
Umweltpolitischer Sprecher
der Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf

Petra Pau (MdB): Wie gehabt

Mitten in die aktuellen 30-Jahre-Festspiele über Mauerfall und deutsche Einheit platzte eine kleine Nachricht. Das geplante Einheits- und Freiheitsdenkmal am Berliner Schlossplatz könne derzeit nicht gebaut werden, weil Fledermäuse sich dort eingenistet hätten, die zu schützen seien. Ich schmunzelte und erinnerte mich an einen Text, den ich 2014 geschrieben hatte: Des Kaisers neue Kleider:

Seit zehn und mehr Jahren kursiert die Idee, der deutschen Einheit anno 1990 ein Denkmal zu setzen. Am 9. November 2007 beschloss der Bundestag ein solches „für Einheit und Freiheit“. Und zwar auf dem Sockel des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals, also vor dem Schloss des Feudaladels, das derzeit wieder nachgebaut wird. Wo sonst?

Einspruch kam aus Leipzig: Die „Heldenstadt“ hatte in Wendezeiten mehr Verdienste als Berlin und habe mithin ein Vorrecht auf ein Denkmal „für Freiheit und Einheit“. Seither werden zwei Skulpturen geplant, eine in Berlin und eine in Leipzig. Das motivierte. Für das Berliner Denkmal wurde ein künstlerischer Wettbewerb ausgerufen. Er geriet zum Desaster. „Party-Schlümpfe und eine goldene Banane“ überschrieb der „Stern“ seine Abrechnung mit den über 500 Entwürfen, die bei der Jury eingereicht wurden und unisono durchgefallen waren. „Aus. Schluss. Setzen.“, resümiert das Magazin.

Doch es folgte ein zweiter Wettbewerb, wieder Fehlanzeige. Nach einem dritten Anlauf wurde eine überdimensionale begehbare und zudem wippende Schale erwählt. Ja, so muss es sich wohl 1989/1990 angefühlt haben.

Ich hatte die Denkmal-Idee bereits 2009 kritisiert. Zum geplanten Ort und zur befürchteten Gestalt kam ein dritter Zweifel. Auf meiner Webseite

merkte ich damals unter der Überschrift „Des Kaisers neue Freiheit“ an: „Es wird kein ostdeutsches, es wird kein westdeutsches und es wird auch kein gesamtdeutsches Denkmal. Sondern lediglich eine Skulptur für jene, die es beschlossen haben. Und für knipsfreudige Touristen, die mit Bussen angekart werden.“

Gleichwohl, schrieb ich damals, könnte ich mir vorstellen, im Bundestag einem Denkmal-Antrag zuzustimmen. Nur müsste der ganz anders aussehen, etwa so:

Der Bundestag möge in Würdigung der Bürgerrechtsbewegungen vor 20 Jahren in der DDR und in Ost-Europa beschließen:

1. Die im Grundgesetz angelegte direkte Demokratie wird freigeschaltet, so dass Volksabstimmungen sofort auch auf Bundesebene möglich sind.
2. Die beschlossene Vorratsspeicherung aller Telekommunikationsdaten wird sofort abgeschafft. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich geahndet.
3. Das Niveau der Renten-Ansprüche in den so genannten neuen Bundesländern wird unverzüglich an das Niveau der Renten-Ansprüche-West angepasst.

4. Die Tarifpartner in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst werden dringend gebeten, die Ost-Tarife ebenso auf West-Niveau zu heben.

5. Zudem unterstützt der Bundestag die Gestaltung eines „Denkmals für Einheit und Freiheit“.

Wohl bemerkt: zudem, nicht anstatt! Nur davon sind wir noch immer meilenweit entfernt. Für den 1. Mai 2015, ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit, wurden prophylaktisch Mindestlöhne für Pflegeberufe beschlossen, im Westen auf 9,40 Euro pro Stunde, im Osten auf 8,65 Euro. Was ja wohl sagt: „Das Ossi“ scheint pflegeleichter zu sein oder das „Wessi“ schwerfälliger.

Aus dem Bezirksvorstand: Konstituierung und andere Formalitäten

Seine beiden Sitzungen im November nutzte der neugewählte Bezirksvorstand, um ohne Zeitverlust zu einem arbeitsfähigen Gremium zu gelangen. Von im Moment 12 Genossinnen und Genossen sind immerhin sechs noch nie Mitglied in so einem Führungsgremium gewesen und auch zwei der Wiedergewählten haben gerade einmal zwei Jahre Erfahrungen aufzuweisen. Als Erstes verständigten wir uns aber zu Ergebnissen der Hauptversammlung. Einheitlich wurde sie trotz trockener Wahlprozeduren als lebendige und interessante Veranstaltung unseres Bezirksverbandes mit wichtigen politischen Impulsen wahrgenommen. Zu den beschlossenen Anträgen sprachen wir die weitere Vorgehensweise ab. Die Anträge zur Inklusion und zum VBB-Ticket werden an den Landesparteitag Mai 2020 eingereicht. Der Antrag zum Bus X69 wurde an unsere BVV-Fraktion zur weiteren Umsetzung übergeben. Festgelegt wurde auch, dass wir zeitnah die 2. Tagung der 7. Hauptversammlung einberufen, um den Bezirksvorstand mit den fehlenden zwei weiblichen Mitgliedern und die Finanzrevisionskommission zu vervollständigen. Es folgten erste Verständigungen zur Festlegung von Verantwortlichkeiten aus dem Bezirksvorstand für die Wahlkreise und zur Findung von prioritären politischen Aufgaben unter Berücksichtigung unserer Möglichkeiten. Auf der ersten Dezemberberatung wird es hier zu Festlegungen kommen.

Am Anfang der zweiten Novembersitzung stand dann der traditionelle Punkt „Aktuelles“ mit den Schwerpunkten BVV, Abgeordnetenhaus, Wahlkreise und Landesparteitag. Die folgende unvollständige Aufzählung illustriert die Vielfalt der Informationen: Bebauung von sechs Innenhöfen in Marzahn-Hellersdorf, Neubau einer Schule in der Elsenstraße, Rekonstruktion Lemkestraße, Rekonstruktion Theater am Park, Tangentialverbindung Ost, Mietendeckel, Doppelhaushalt 2020/2021 Berlin, Einwohnerversammlung in Mahlsdorf mit Dagmar Pohle (Wahlkreis 5). Eine detailliertere Berichterstattung ist an dieser Stelle aus Platzgründen nicht möglich. Erwähnt werden soll aber noch, dass der Bezirksvorstand mit einigen Delegierten eine gemeinsame Beratung der Materialien und zahlreichen Anträge zum Landesparteitag durchführte. Auf dieser Beratung und auch auf beiden Sitzungen des Bezirksvorstandes ragte dabei die Frage der zukünftigen Mandatsträgerbeiträge heraus, da die Finanzierung der politischen Arbeit im Bezirksverband direkt an diese Beiträge gekoppelt ist. Aus dem Wahlkreis 1 kam noch eine Frage an den Bezirksvorstand zur rechtzeitigen Gewinnung und Nominierung von Direktkandidaten zum Abgeordnetenhaus und für die BVV. Eine Antwort hierauf ist die Festlegung des Termins für eine entsprechende Hauptversammlung Mitte Oktober 2020. Schließlich klärten wir einige notwendige Regularien für die eigene Arbeit. Es handelte sich um die Geschäfts- und die Finanzordnung, die beide nach intensiver Durchsprache einstimmig beschlossen wurden.

UWE WOLLMERSTÄDT

Neues von Familie A. aus Syrien

Im November feierte sie den 2. Geburtstag ihres kleinen „Berliners“ Ibrahim zusammen mit dem 13. Geburtstag seiner großen Schwester Bayan. Sie hatte eine nette Einladung in gutem Deutsch geschrieben. Diesmal kamen weitere „Einheimische“ aus der Turnhallen-Zeit und aus der Zossener Straße, dem weißen Container-Dorf, mit zur Feier.

Das geschenkte Spielzeug reichte für alle fünf Kinder. Aber der Kleine ließ keine Zweifel und erklärte: „Meine, meine, meine!“

Der älteste Sohn Hamza absolvierte in den Ferien ein Praktikum in einer Senioreneinrichtung. Er will aber mal Bauzeichner werden.

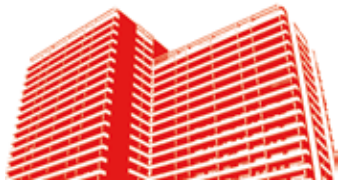
Es gab wie immer schmackhafte arabische Speisen und bald darauf eine riesige Geburtstagstorte. Gäste hatten auch noch eine Himbeertorte



mitgebracht.

Große Freude herrschte darüber, dass nun alle Bewohner des Container-Dorfes Zossener Straße in richtige Wohnungen umgesiedelt werden konnten.

GUDRUN BENSER



Bericht zur Bezirksverordnetenversammlung am 21. November 2019

Svetlana Hayduk - Abschied von einer Genossin

Es war kein leichter Gang zum Rednerpult: Klaus-Jürgen Dahler sprach in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im November in Erinnerung an unsere Genossin Svetlana Hayduk - Bezirksverordnete, Mitglied des Bezirksvorstands und später Bürgerdeputierte -, die am 27. Oktober 2019 nach langer und schwerer Krankheit verstorben war. Die Pädagogin, die an der Wilhelm-von-Siemens-Gymnasium lehrte, war aktiv im Integrationsbeirat und bei der Organisation interkultureller Veranstaltungen. Als Bezirksverordnete hat sie sich in den Ausschüssen Integration, Kultur und Weiterbildung, Jugendhilfe, Schule und Sport für die Belange der Bürger*innen eingesetzt. Dahler erinnerte auch an ihre Zielstrebigkeit und ihr Engagement für die Spätaussiedler*innen. Die Fraktion DIE LINKE wird Svetlana



Hayduk (hier im Bild, Foto: Linksfraction), immer als einen warmherzigen, gastfreundlichen und zielstrebrigen Menschen in Erinnerung behalten. Wir sind in Gedanken bei ihrer Familie.

30 Jahre Mauerfall

Nicht unerwähnt soll sein, dass die Sitzung mit einer Feierstunde anlässlich des 30. Jahrestags des Mauerfalls am 9. November 1989 begann, zu dessen Anlass Frau Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, referierte. In ihrer Rede sprach sie über den Tag des Mauerfalls, über die „friedliche Revolution“ und erinnerte an die große Demonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November, wo bis zu 1 Millionen Menschen für Demokratie, Rede- und Pressefreiheit auf die Straße gingen. Die musikalische Gestaltung der Feierstunde in der BVV übernahmen Schüler*innen und Lehrer*innen der Hans-Werner-Henze-Musikschule.

Theater am Park

Nach der Feierstunde konnten sich die Bezirksverordneten ihren Anträgen und Anfragen widmen und diskutierten an diesem Abend auch gern mal etwas länger zu einzelnen Themen. Einen großen Teil der Debatte nahm die Große Anfrage zum Theater am Park (TaP) ein, die wir gemeinsam mit der SPD-Fraktion eingebracht hatten: Wie sieht eigentlich die aktuelle Sachlage beim TaP aus?

Hat das Bezirksamt abgesichert, dass die Immobilie weiter vom Bezirk getragen werden kann? Gibt es überhaupt die verbindliche Förderzusage, von der

schon so viel zu lesen war? Wenn ja, wer übernimmt die Bauträgerschaft für das Bauverfahren? Und wie sieht es aus mit der Beteiligung von Bürger*innen am Prozess?

Stadträtin Nadja Zivkovic (CDU) informierte, dass die Mittel für den Ausbau des TaP zu einem „multifunktionalen Kulturlabor“ nach Senatsbeschluss bereitstünden, sobald die Zielplanung vorliege - vor 2020 wird das aber nichts. Das vom Verein in Zusammenarbeit mit weiteren Interessierten vorgelegte Konzept „Theater des Ostens“ sei nicht ausreichend detailliert, werde aber in die Überlegungen mit einbezogen.

Die Erarbeitung der Zielplanung soll in Zusammenarbeit mit dem TaP e.V. an ein Architekturbüro gegeben werden, das Referenzen sowohl in der Altbausanierung als auch bei Theaterbauten vorweisen könne. Bauleitstelle könnten die landeseigenen Gesellschaften sein - wie zum Beispiel Grün Berlin oder der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof (kurz WISTA), die allerdings bereits aus Kapazitätsgründen abgesagt hatten - oder die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Das Geld sei da, aber noch kein Träger, der den Bau durchführt.

Unser Sprecher für Liegenschaften und Bauen,



Theater am Park

Foto: Linksfraction

Die VVN-BdA muss gemeinnützig bleiben!

<https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben>

Die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA soll wiederhergestellt werden. Die Erinnerung an die Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus ist gerade in der heutigen Zeit wichtig für die Gesellschaft, da dadurch ein weiteres Erstarken des Faschismus gestoppt werden kann.

Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf von Berlin solidarisiert sich mit der Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. und fordert den zuständigen Berliner Finanzsenator auf, darauf hinzuwirken, dass die Organisation weiterhin als gemeinnützig anerkannt bleibt.

Die Fraktion empfiehlt den Mitgliedern der LINKEN Marzahn-Hellersdorf, der VVN-BdA beizutreten und den Verein damit zu unterstützen. Weiterhin unterstützt die Fraktion die Initiativen der VVN-BdA gegen extrem rechte Aktivitäten und deren Vertreter*innen sowie für eine solidarische Gesellschaft.

Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 12. Dezember 2019, 17 Uhr, im Freizeitforum in der Marzahner Promenade statt.

Norbert Seichter, wies darauf hin, dass die die Mittel, die für das TAP zur Verfügung stehen, zeitlich nicht unbegrenzt nutzbar seien und der Prozess unbedingt weitergeführt werden müsse. Dafür fordern Fraktionen DIE LINKE und SPD die Einrichtung eines Begleitgremiums, in dem alle Akteure sowie die Bürger*innen teilhaben können. Seichter erinnerte zum Ende der Debatte daran, dass die BVV sich angesichts des Zustandes des TaP auch darüber verständigen müsse, was kurzfristig zu tun sei, damit es nicht zu einer vorzeitigen Schließung des Hauses kommt. Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Weiterbildung, Jennifer Hübner (SPD), mahnte an, dass für diesen Fall Ausweichorte für die Angebote des Hauses bereitgestellt werden müssen.

DIE LINKE unterstützt das Vorhaben der energetischen Gebäudesanierung, der Wiederinbetriebnahme des großen Saals und damit des Ausbaus der Nutzungsmöglichkeiten des Hauses.

Beschlossene Drucksachen

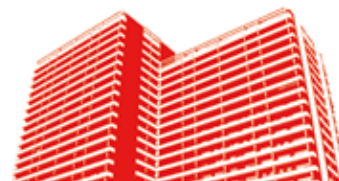
- Sanierung des SportJugendClubs Marzahn
- Mehr Papierkörbe am Akazienwäldchen
- Teilnahme am Pilotprojekt zur Online Meldung von Fahrradbügeln
- Einrichtung einer "Jelbi"-Station im Gut Hellersdorf
- Parkverbot am Ruwersteig
- Für eine neue Wache der Freiwilligen Feuerwehr in Mahlsdorf
- „Lasst Licht aufgehen“ am Rande des Spielplatzes an der Hellersdorfer Straße
- X69 zum neuen Flughafen BER führen

MAGDA ALBRECHT



An der Fraktionssitzung Teilnehmende erklären sich solidarisch mit dem VVN-BdA Foto: Linksfraction

Am 25. November wurde der Fraktionsvorstand neu gewählt. Neuer alter Vorsitzender ist Bjoern Tielebein. Als Stellvertreter*innen wurden Sarah Fingarow und Olaf Michael Ostertag im Amt bestätigt. Den Vorstand komplettieren Zoe Dahler, Marina Richter-Kastschajewa und Frank Beiersdorff.



Abriss und Neubau in der Hohensaatener Straße 18

Wie das Bezirksamt auf Anfrage unseres Fraktionsvorsitzenden Bjoern Tielebein mitteilte, sollen in der Hohensaatener Straße 18 die bestehenden Einzelhandelsgebäude abgerissen und ein Neubau mit Einzelhandelsflächen im Erdgeschoss und Wohnungen darüber entstehen.

Ein Termin für den Beginn der Bauarbeiten steht laut Bezirksamt noch nicht fest. Es existiert bislang nur ein positiver Vorbescheid über die planungsrechtliche Zulässigkeit der geplanten Bebauung. Konkret

sollen 360 Ein- bis Vierraumwohnungen in fünf Bauteilen, die U-förmig als geschlossene Forma-



Die rot markierte Fläche ist aktuell mit dem Einzelhandelsgebäude bebaut und soll U-förmig bebaut werden. (c) OpenStreetMap-Mitwirkende

tion aneinandergelagert werden sollen, entstehen.

Die Anzahl der Geschosse soll zwischen fünf und elf Geschossen variieren, wobei die Bauteile dabei die Geschosshöhe der jeweils gegenüberliegenden Bestandsgebäude aufnehmen.

Für Gewerbenutzung ist im Erdgeschoss eine Fläche von 5.600 m² geplant. Für Parkmöglichkeiten soll eine Tiefgarage mit 99 Stellplätzen sorgen und ebenerdig sind maximal 135 gemeinsame Stellplätze für Kund*innen und Bewohner*innen vorgesehen. Zur Anzahl der geplanten Fahrrad-

stellplätze ist laut Bezirksamt noch nichts bekannt.

Nacht der Solidarität in Marzahn-Hellersdorf

Wohnungslosigkeit ist berlinweit eine große Herausforderung. Vom 29. auf den 30. Januar findet die Nacht der Solidarität statt, die aktuelle Zahlen und Informationen zur Situation von obdachlosen Menschen zusammenträgt.

Der Berliner Senat hat deshalb im September 2019 die neuen „Leitlinien der Wohnungslosenhilfe und Wohnungslosenspolitik“ beschlossen. Dazu informiert die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales:

„Inhalte [der Leitlinien] sind unter anderem die Steuerung der Unterbringung wohnungsloser Menschen, die Vereinheitlichung des Verwaltungshandelns der Berliner Bezirke

und die Ausweitung des Angebotes an geeigneten Räumen.“

Ein weiterer Schwerpunkt der Leitlinien stellt die Verbesserung der Obdachlosenstatistik dar. Vorgeesehen ist eine Zählung von wohnungslosen Menschen, die vom bestehenden Hilfesystem bisher ungenügend erreicht werden und auf der Straße leben. Aktuell liegen nur Schätzungen vor. Sie reichen bisher von ca. 6.000 bis 10.000 Menschen. Deshalb sollen in der Nacht der Solidarität, die vom 29. auf den 30. Januar 2020 stattfinden wird, Daten erhoben werden. Diese geben einen Überblick darüber, welche Menschen auf der Straße leben, welche Sprachen sie sprechen, welches

Geschlecht sie haben. Auf dieser Grundlage wird Berlin seine Hilfs- und Beratungsangebote ausweiten und spezialisieren. Die Zählung der wohnungslosen Menschen wird so zu einer Nacht der Solidarität.

Für die Zählung werden bis zu 500 Teams gebildet. Diese Teams bestehen aus drei bis fünf Freiwilligen, die einen festgelegten Bereich ablaufen. Die dort angetroffenen obdachlosen Menschen werden zu einigen Themen kurz befragt und zahlenmäßig erfasst.

Die Nacht der Solidarität ist eine wichtige Initiative für unseren Bezirk. Nur mit aktuell erhobenen Zahlen und Fakten können wir gute Hilfsangebote für wohnungslose Menschen bereitstellen und da, wo Hilfe benötigt ist, aktiv werden. Ich würde mich freuen, wenn sich auch in Marzahn-Hellersdorf ausreichend Freiwillige finden, die an der Nacht der Solidarität teilnehmen, um aussagefähige Ergebnisse zu unseren bezirklichen Bedürfnissen zu erzielen.

Die Registrierung erfolgt über die Freiwilligenagentur Marzahn-Hellersdorf. Es werden noch Freiwillige gesucht!

ZOE DAHLER

Sprecherin für Soziales, Familie und Senior*innen



Tag gegen Gewalt gegen Frauen:

Das Schweigen brechen

Am 25. November war der Internationale Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen. Die Zahlen zu Gewalt gegen Frauen sind alarmierend und seit vielen Jahren unverändert. Viele Frauen schweigen, auch aus Scham, weil geschlechtsspezifische Gewalt immer noch individualisiert wird.

Gewalt gegen Frauen findet häufig im eigenen Zuhause statt, im Privaten, und kann im schlimmsten Fall tödlich enden. Im Durchschnitt wird jeden 3. Tag in Deutschland gewaltsam eine Frau getötet, häufig durch einen (Ex-)Partner. Die Dunkelziffern zu sexueller und häuslicher Gewalt sind besorgniserregend hoch. Geschlechtsspezifische Gewalt geht uns alle an, sie kommt in allen Schichten vor und ist ein gesellschaftliches Problem.

Dazu unsere Sprecherin für Gleichstellung, Sarah Fingarow:

„Die Zahlen zu Gewalt sind erschütternd, auch in unserem Bezirk. So versuchte ein Mann aus Hellersdorf im September 2019, seine vom ihm getrennt lebende Frau zu töten. Das konnte glücklicherweise verhindert werden. Geschlechtsspe-



Sarah Fingarow (Mitte) und Maja Loeffler (li.) und eine weitere Akteurin aus dem Bezirk.

zifische Gewalt ist kein „Familiendrama“, wie manche Medien titeln, sondern ein strukturelles Problem, für das es umfassende gesellschaftliche Lösungen braucht. Sexismus ist dabei keine Lappalie, sondern die Wurzel des Problems, das es zu bekämpfen gilt. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für den Ausbau der Zufluchtswohnungen für gewaltbetroffene Frauen in Marzahn-Hellersdorf ein. Wir sagen laut und deutlich Nein zu Gewalt gegen Frauen. Wir schätzen und unterstützen die Arbeit des Arbeitskreises gegen Häusliche Gewalt und unsere Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Maja Loeffler.“

Für betroffene Frauen in Marzahn-Hellersdorf ist der Arbeitskreis Marzahn-Hellersdorf gegen häusliche Gewalt Ansprechpartnerin und hat Adressen und Informationen zusammengetragen.

SARAH FINGAROW



Marzahn-Hellersdorf saniert und baut Sporthallen und Schulen

Über 5,5 Mrd. Euro plant Rot-Rot-Grün bis 2026 in die „Schulbauoffensive“ zu investieren. Diese „Offensive“ ist notwendig geworden, nachdem der Vorgänger-Senat den Zustand der Schulen in Berlin sträflich vernachlässigt hatte. Die aktuelle Empörung der CDU über fraglos vorhandene Probleme im Schulbereich ist dabei leider auch Zeugnis dafür, dass diese Partei es verpasst hat, in Regierungsverantwortung von 2011 bis 2016 zu handeln. Man schimpft lieber, statt sich selber die Hände dreckig zu machen. Dieses Gebaren kennen SPD, Grüne und LINKE nun zu Genüge und gehen umso engagierter gemeinsam voran.

Was ist im Schulbereich allein in diesem Jahr alles passiert?

Der erste komplette Neubau einer Schule im Rahmen der Berliner Schulbauoffensive ist fertiggestellt worden. Im Juli konnten die Schülerinnen und Schüler sowie das pädagogische Personal die neue Integrierte Sekundarschule in Mahlsdorf in der Straße An der Schule beziehen. Die ISS Mahlsdorf gehört zu drei neuen Schulen, die erstmalig im Land Berlin in Holzmodulbauweise errichtet werden.

Für 1,7 Millionen Euro konnte die ehemalige Schule am Fuchsberg saniert und Kapazitäten erweitert werden.

Mit 2,2 Millionen Euro wurde die Sporthalle des Tagore-Gymnasiums in Marzahn saniert und Ende

September 2019 den Jugendlichen übergeben. Die Sporthalle in Marzahn in der Bruno-Baum-Straße wurde für 2,4 Millionen Euro saniert. Entstanden ist ein neues Fechtzentrum, das Ende September eingeweiht werden konnte.

Für 6 Millionen Euro wurde die Grundschule am Bürgerpark (Marzahn) saniert und für 3,5 Mio. Euro die Turnhalle. Im Oktober 2019 konnten die Gebäude übergeben werden.

In die Sanierung der Pustebume-Grundschule in Hellersdorf wurden 6 Mio. Euro investiert. Ende Oktober 2019 konnten der umfassend sanierte Schulhof und der Gesamtkomplex der Schule übergeben werden.

5,8 Millionen Euro wurden wiederum in einen Schulergänzungsbau in Hellersdorf investiert. Am 6. November fand die Einweihung für den Neubau für die Schule am Rosenhain statt. 2,2 Millionen Euro wurden in die Turnhalle der Selma-Lagerlöf-Schule in Marzahn gesteckt, die ebenso im November saniert übergeben werden konnte.

Viele weitere Maßnahmen sind in der Planung. So konnte vor kurzem endlich eine Lösung für die geplante neue Grundschule in Mahlsdorf gefunden werden. Gemeinsam haben Senat und Bezirk den Bau einer vierzügigen Grundschule am Standort Elsenstraße 8 beschlossen. Parallel prüft der Bezirk die Aufstellung von Schul-Containern, um den Schulstandort bereits deutlich vor Fertigstellung des Schulneubaus eröffnen und die umliegenden

Schulen entlasten zu können.

Für die Ulmen-Grundschule in Kaulsdorf ist der Bau einer neuen Sporthalle vorgesehen. Die bisher notwendigen Schüler*innen-Transporte zu einer entfernten Sporthalle sind für die Kinder eine tägliche Belastung. Wann genau mit dem Baubeginn zu rechnen ist, kann derzeit noch nicht gesichert gesagt werden. Der Neubau in der Bergedorfer Straße ist an eine Änderung des Bebauungsplans geknüpft. Die B-Plan-Änderung wird seitens des Bezirksamtes Ende des Jahres abgeschlossen sein. Danach erfolgt zunächst die öffentliche Auslegung, bei der die Bürgerinnen und Bürger Hinweise und Einwände einreichen können.

Um die umfassenden Sanierungsmaßnahmen realisieren zu können, sind des Weiteren sogenannte Drehscheibenstandorte im Bezirk vorgesehen, um Schulen künftig auslagern zu können. Für den Standort Sebnitzer Straße in Hellersdorf liegt bereits eine Finanzierung über das Programm SIWANA vor.

Auf den ursprünglich geplanten Standorten Bruno-Baum-Straße 72 in Marzahn und Haltoner Straße in Biesdorf werden nun neue Grundschulen entstehen. Als neue Drehscheibenstandorte werden die Landsberger Straße / Bismarstraße in Mahlsdorf sowie die Dingolfinger Straße / Frankholzer Weg in Biesdorf fungieren.

KRISTIAN RONNEBURG
MdA

Spendenauf Ruf 2019: Weihnachtsfeier für die Kinder in Geflüchteten- und Wohnungsloseneinrichtungen

Jedes Jahr veranstaltet DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf für geflüchtete und wohnungslose Kinder im Bezirk eine

Weihnachtsfeier.

Seit mehr als 10 Jahren laden wir an einem Nachmittag im Dezember Kinder und ihre Familien



Dr. Manuela Schmidt, Petra Pau, Dagmar Pohle und Regina Kittler überbringen den Kindern die Geschenke, hier eine Aufnahme aus den Vorjahren, finanziert wie immer schon aus Spenden extra für diesen Zweck. Ein Dank auch in diesem Jahr an alle Spenderinnen und Spender!

in den festlich geschmückten Saal im Don-Bosco-Zentrum Marzahn, heißen sie bei Kakao und Kuchen willkommen und überreichen jedem Kind ein individuelles und liebevoll ausgesuchtes Geschenk. Wir wollen diese Tradition fortführen und bitten dafür wieder um Spenden. Diese werden bis Ende November im Linken Treff

oder über folgendes Konto dankend entgegengenommen. Auch Unterstützung bei der Vorbereitung der Feier und der Zusammenstellung der Geschenke ist sehr willkommen. Wer helfen möchte, kann sich gern bei sarah.fingarow@gmx.de oder im Linken Treff melden. Je nach Möglichkeit und Erfolg der Spendensammlung unterstützen wir weitere Feiern und Projekte für geflüchtete und wohnungslose Familien im Bezirk.

Wer spenden möchte, verwende bitte diese Bankverbindung:

Kontoinhaber: DIE LINKE Berlin

IBAN:

DE 59 1007 0848 0525 6078 03

VWZ: Spende Marzahn-Hellersdorf, Name, Vorname, Anschrift

Hinweis: Bitte bei Überweisungen nur einzelne Personen als Spender angeben, nicht paarweise, wie z. B. Spenden Max und Maxi Müller, sondern nur eine/n von beiden oder jede/r spendet separat!

Öffentlicher Personennahverkehr – Wir brauchen einen langen Atem, bis Verbesserungen spürbar werden

Der Zustand des öffentlichen Personennahverkehrs ist eines der meistdiskutierten Themen der Hauptstadt. Dabei konnte Rot-Rot-Grün vor allem im Bereich der Tarifstruktur bereits viele Maßnahmen umsetzen. Sei es die Absenkung des Preises für das Sozialticket, die Einführung eines neuen Firmen-Tickets, eines 365-Euro-Azubi-Tickets oder des kostenlosen Tickets für Schülerinnen und Schüler. Dass Brandenburg nicht den gleichen Weg wie Berlin gehen will, hat dazu geführt, dass die Anwendung des Tarifindex für die Fahrpreise wieder ab dem 01.01.2020 angewandt wird. Dementsprechend werden einige Tickets auch in Berlin teurer werden müssen. Rot-Rot-Grün hat dabei darauf geachtet, dass die Abos und die 4-Fahrten-Karte stabil bleiben, Seniorinnen und Senioren keine höheren Preise zahlen müssen und dass der Einzelfahrschein unter der symbolischen 3-Euro-Grenze bleibt. Im nächsten Jahr wird Rot-Rot-Grün die Ergebnisse einer Studie zur Finanzstrukturreform auswerten. Gemeinsam wollen wir eine 3. Finanzierungssäule – neben Ticketverkäufen und Steuermitteln – für die Finanzierung des ÖPNV einführen.

Während die Preise aktiv gestaltet werden können, ist es beim Ausbau der Infrastruktur und der Ausweitung der Leistungen ungleich schwerer, schnell Ergebnisse zu bekommen. Bekanntlich gibt es Fahrzeuge nicht von der Stange und auch neue Strecken können nicht auf Kommando gebaut werden. Viele Verbesserungen sieht der von Rot-Rot-Grün beschlossene Nahverkehrsplan vor. Allein die Umsetzung wird noch Jahre dauern.

Zu Angebotsverbesserungen auf der S-Bahn wird es erst kommen, wenn zusätzliche S-Bahn-Fahrzeuge in den Teilnetzen Stadtbahn und Nord-Süd zur Verfügung stehen. Geplant ist u.a. ein 5-Minuten-Takt auf der S5 zwischen Mahlsdorf und

Warschauer Straße und die Durchbindung einer Zuggruppe der S75 auf die Stadtbahn. Die Neufahrzeuge in den Teilnetzen sollen zwischen 2026 und 2033 einlaufen. Bei erfolgreicher Nachrüstung der Baureihe 480 könnten diese Fahrzeuge über das Jahr 2023 hinaus in Betrieb bleiben. Teile der Mehrleistungen könnten somit bereits Ende 2023 erbracht werden.

Voraussichtlich Ende 2020 soll die U5 vom Alexanderplatz zum Hauptbahnhof verlängert werden, wodurch auch zusätzliche Direktverbindungen und kürzere Reisezeiten im ÖPNV für Fahrgäste aus Marzahn-Hellersdorf entstehen. Erst mit dem Zulauf neuer U-Bahn-Fahrzeuge in den 2020er Jahren werden dichtere Takte möglich. Auf der U5 ist eine Verdichtung auf einen 3,3-Minuten-Takt zwischen Kaulsdorf-Nord und der Innenstadt vorgesehen.

Beim Bus werden weitere Strecken in den nächsten Jahren mit durchgehenden 10-Minuten-Takten aufgewertet, z.B. die Linie 197 auf dem Abschnitt zwischen Falkenberg, Mehrower Allee, Betriebshof Marzahn und Kaulsdorf. Auch der Ausbau von Metrobus- und Expressbuslinien ist vorgesehen, z.B. im Korridor Mahlsdorf – Hellersdorf – Gärten der Welt – Marzahn. Für Mahlsdorf-Süd ist die Erprobung eines bedarfsgesteuerten Rufbusses geplant. Im Übrigen gibt es durch das Wirken der LINKEN künftig zum ersten Mal Landesmittel für den Bau neuer Bushaltestellen. Dafür sind die Bezirke als Straßenbaulastträger eigentlich finanziell zuständig, jedoch stehen bei größeren Planungen Bezirke wie Marzahn-Hellersdorf, die kein großes Polster haben, schnell vor Problemen.

Im Rahmen der gemeinsamen Investitionsoffensive von Berlin und Brandenburg („i2030“) werden Infrastrukturausbauplanungen vorangetrieben. Für die S5 wird ein Ausbau in Brandenburg zwi-

schen Hoppegarten und Strausberg untersucht, wo die Strecke derzeit nur eingleisig ist. Für die S75 wird die Verlängerung auf dem Teilstück der Nahverkehrstangente („Schienen-TVO“) von Wartenberg bis zum Karower Kreuz untersucht. Die Nahverkehrstangente auf dem Abschnitt entlang des östlichen Berliner Außenrings (BAR) zwischen Springpfuhl und Grünauer Kreuz bzw. BER ist eine langfristige Planung. Für diesen Abschnitt ist ein Systementscheid noch ausstehend.

Ein wichtiges Thema für DIE LINKE in dieser Legislaturperiode ist vor allem der Ausbau der Straßenbahn. Neben Neubaustrecken sind auch Taktverdichtungen und der Einsatz größerer Fahrzeuge vorgesehen. Auf der M6 sollen Fahrzeuge mit einer Länge von 40 Metern eingesetzt werden. Auf der M8 und 18 ist die Schaffung einer Direktverbindung Fennpfuhl, Herzbergstraße und Allee der Kosmonauten zum Alexanderplatz im 10-Minuten-Takt vorgesehen.

Die Verkehrslösung Mahlsdorf ist in dieser Legislatur so weit wie noch nie. Hier ist die Umgestaltung des Straßenzuges Hönower Straße – Hultschiner Damm vom Bahnhof Mahlsdorf bis Rahnsdorfer Straße inkl. zweigleisigem Ausbau der Straßenbahn als Voraussetzung für einen 10-Minuten-Takt auf der Linie 62 vorgesehen. Derzeit erarbeitet die BVG die Vorplanung für den zweigleisigen Ausbau und die Heranführung der Gleise an den Bahnhof Mahlsdorf. Der Senat arbeitet an den Planungen für den Neubau der Straße an der Schule. Die Vorzugsvariante zur Straßenraumaufteilung soll Ende 2019 vorliegen. Nach derzeitigem Stand könnte das Planfeststellungsverfahren Ende 2021 eingeleitet werden und ein Planfeststellungsbeschluss Ende 2023 erfolgen.

KRISTIAN RONNEBURG
MdB

Rotes Sofa mit Brigitta Behr: „Susi. Die Enkelin von Haus Nummer 4“

Birgitta Behr ist eigentlich Lehrerin für Deutsch und Kunst an der Cecilien-Grundschule in Wilmersdorf. Im Rahmen einer in der Schule gegründeten Geschichtswerkstatt übernahm sie mit ihren Schüler*innen die Patenschaft für 12 Stolpersteine. Um diesen ein Gesicht zu geben und die Geschichten dahinter auch für Schüler*innen verständlich zu machen, begann sie zu recherchieren und wählte schließlich das Format des Comics zur Darstellung der Geschichte von Susi und ihren Eltern Steffy und Ludwig Cohn.

Am Anfang des Projekts stand eine Ausstellung, die die Schüler*innen mit Birgitta Behr entwickelten. Diese Ausstellung war beim Jugendforum denkmal im Abgeordnetenhaus zu sehen, wo Behr auch Regina Kittler kennenlernte. Aus der Ausstellung, die auch Zeichnungen von Kindern beinhaltete, kam die Idee für das Medium Comic – als Sachbuch und als Appell an die Menschlichkeit. Das fertige Konzept wurde verschiedenen Verlagen vorgestellt und nach einer Zusage mit dem eigentlichen Buch begonnen. Dabei war es auch gar nicht einfach den Verlagen klarzumachen, welches Ziel mit dem Buch verfolgt wird,

wie Behr berichtete.

Die Zeichnungen fertigte Birgitta Behr selbst an.



Brigitta Behr zu Gast auf dem Roten Sofa, hier im Gespräch mit Regina Kittler. Foto: Th. Braune

Die digitale Nachbearbeitung übernahm Sandra Wendeborn. Auf das Buch folgte dann ein Theaterstück. Die Begeisterung der Schulaufsicht führte letztendlich auch zur Umsetzung der Idee zum Film und die Entwicklung von Unterrichtsmaterial. Für das Projekt wurde Behr freigestellt. Auch die Zeit drängte, da auch die Schüler*innen, die

im Film mitwirkten, zu alt geworden wären.

Während Susi und ihre Eltern in Verstecken in Berlin und in Horst an der Ostsee unter dem Namen Collm die Shoa und den Krieg überlebten, und weitere Familienmitglieder nach Brasilien, Spanien und in die USA emigrierten, wurde ihre Großmutter Gerda Cohn am 2. September 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert und am 29. September in Minsk ermordet. Als die Familie nach dem Krieg nach Berlin zurückkehrte, war ihr Haus zerstört. Ludwig Collm konnte aber wieder als Gymnasiallehrer arbeiten und bezog mit seiner Familie eine Wohnung in der Cecilien-Schule – die Schule, in der Birgitta Behr heute Lehrerin ist – gegenüber von dem Haus, in dem Gertrud Cohn gewohnt hatte.

Mit ihrem Buch und dem ebenso bewegenden Kurzfilm ist es Birgitta Behr gelungen, jungen Menschen einen Zugang zur Geschichte der Judenverfolgung im Nationalsozialismus zu verschaffen. Auch bei der Lesung und Filmvorführung im Abgeordnetenbüro zeigten sich die anwesenden Gäste sichtlich betroffen. Im Publikum anwesend war auch der Stiefbruder von Susi, Stefan Collm.

THOMAS BRAUNE

**Sozialberatung im
Kiezbüro von Kristian Ronneburg**

» 19.12. 2019 und 16.1.2020, 15 Uhr: Sozialberatung am jeweils 3. Donnerstag eines Monats. Die Idee ist es, Menschen mit sozialen Problemen mit einer Erstberatung zur Seite zu stehen. Dafür wird ein Anwalt vor Ort sein. Um einen möglichst reibungslosen Ablauf sowie eine private Atmosphäre zu ermöglichen, wird um Voranmeldung gebeten. Diese kann während der Öffnungszeiten im Kiezbüro (siehe www.kristian-ronneburg.de), telefonisch 030 47057520 oder schriftlich unter folgenden E-Mail Adressen:

stein@wk.linksfraktion-berlin.de

volkert@wk.linksfraktion-berlin.de erfolgen.

Adresse Kiezbüro Kristian Ronneburg: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Adventskonzert des Ernst-Busch-Chors

» 8.12., 15 Uhr, Adventskonzert des Ernst-Busch-Chors, Münzenbergsaal des nd-Gebäudes Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Karten für 5,00 Euro gibt es nur am Veranstaltungstag, Kartenbestellung und -verkauf auch per E-Mail: ebcb-karten@gmx.de

Bezirksvorstand

» 17.12., 14.1. jeweils 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

Basis-Koordinierungsberatungen

» 4.12., 18 Uhr, BO WK 4, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» 5.12., 18.30 Uhr, BO WK 1, Golferia, Wittenberger Straße 50, 12689 Berlin

» 10.12., 19 Uhr, BO WK 3 + 6, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» 10.12., 19.30 Uhr, BO WK 2, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 21.1., 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

» 22.1., 15-17 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben bzw. kann telefonisch erfragt werden, um telefonische Anmeldung für beide Termine unter: 030 99289380 wird gebeten.

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Terminvereinbarung im Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin Telefon: 030 54980323

Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» Terminvereinbarung im Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, Telefon: 030 54980322

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» Terminvereinbarung im Abgeordnetenbüro, Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15-19 Uhr), Telefon: 030 47057520

Abgeordnetenbüros

» Dr. **Manuela Schmidt** (MdB), Telefon: 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE**, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15 - 19 Uhr, do 15-18 Uhr, Tel.: 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Marzahner Kammerchor e.V.

*Wir zünden
tausend Lichter an...*

Adventskonzerte

Samstag, 14.12.2019, 17 Uhr
Dorfkirche Marzahn
Alt-Marzahn 61, 12685 Berlin

Samstag, 21.12.2019, 17 Uhr
Evangelische Gnadenkirche auf der BI
Alt-Biesdorf 59, 12683 Berlin - Biesdorf

Es singt der Marzahner Kammerchor e.V.
Leitung: Wilfried Staufenbiel

Eintritt ist frei, um eine Spende wird gebeten!
Besuchen Sie uns: www.marzahner-kammerchor.de

Hinten links:

Stadtentwicklung

Bau- und Verkehrspolitik sind untrennbar eng miteinander verknüpft. Beide Bereiche wirken auf die Wirtschaft, die Umwelt und auf das Klima. Gerade Metropolen produzieren in der Wegwerfgesellschaft Abfall und CO₂. Die Berliner Grünen beschlossen in ihrer Fraktionsklausur, bis 2030 eine „Nullemissionszone“ innerhalb des S-Bahn-Rings zu schaffen.

Frage

Wie ist das überhaupt so zu verwirklichen - und wenn, ist das sinnvoll?

R. RÜDIGER

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr	Schließstage:
	Dienstag:	10 - 17 Uhr	6.12.2019,
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr	23.12.2019 bis 3.1.2020
	Freitag	10 - 13 Uhr	

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 29.11.2019. Auslieferung ab 03.12.2019

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Marzahn-Hellersdorf *links* wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.
Empfehlung: 35 Euro-Cent.
Die nächste Ausgabe erscheint am 14.01.2020 (Anlieferung aus Druckerei).